



© BKA/Andy Wenzel

Schutz für Opfer von Hate Speech

Neues Gesetzespaket gegen „Hass im Netz“: Einschätzungen von Experten zu den geplanten Änderungen.

Konferenz

Bundesministerin Susanne Raab, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesministerin Alma Zadić und die Klubobfrau des Grünen Parlamentsklubs, Sigrid Maurer.

... Von Nadja Riahi

Vergangene Woche präsentierte die Türkis-Grüne Bundesregierung ein neues Gesetzespaket gegen Hass im Netz, das Anfang 2021 in Kraft treten soll. Justizministerin Alma Zadić bezeichnete Hass im Netz als „ein gesamtgesellschaftliches Problem“, von dem viele junge Menschen und vor allem junge Frauen betroffen seien. Das Ziel des Gesetzespakets sei es, dass sich User, die

mit Hasspostings konfrontiert werden, kostengünstig, rasch und niederschwellig zur Wehr setzen können.

Denn während sich eine Klage gegen Verfasser von Hate Speech im Netz früher teuer und langwierig gestaltete, soll dieser Prozess durch ein erstmals geschaffenes Zivilverfahren vereinfacht werden. Mittels eines Formblatts könne binnen weniger Tage ein Unterlassungsbefehl bewirkt werden. Eines der Ziele sei auch gewesen, das Strafrecht an das 21. Jahrhundert anzupassen.

So soll verschärft gegen Cyber Mobbing und Verhetzung vorgegangen werden. Verfassungsministerin Karoline Edtstadler sehe eine Gefahr von Hass im Netz in der „raschen, unkontrollierten Verbreitung“ der Kommentare. Dies liege daran, dass die großen Plattformen häufig im Ausland sitzen und schwer zu erreichen wären. Mit dem neuen Gesetz sollen Plattformen verpflichtet werden, rechtswidrige Inhalte zu löschen. Weites müssen Plattformen ein „leicht erreichbares, immer verfügbares Meldesystem

einrichten“, so Edtstadler. Auch im Sinne der Transparenz habe man nachgeschärft: Unternehmen müssen in Zukunft darüber berichten, was gelöscht wurde und was nicht.

Von diesem Gesetz ausgenommen sind österreichische Medienunternehmen sowie die Plattform Wikipedia. Um sich vor „Overblocking“ zu schützen, habe die Regierung Beschwerdeverfahren definiert. Wer der Meinung ist, sein Posting wurde zu Unrecht gelöscht, kann eine Überprüfung anfordern. So soll